



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

zum Abschluss der Sitzungswoche habe ich zum Thema *Diskriminierung* gesprochen. Dabei beschäftigt mich insbesondere die Frage, was die Ursachen für *Diskriminierung* und *Rassismus* sind.

Ich glaube, es liegt daran, dass die meisten Menschen, Menschengruppen, Institutionen, Nationen eine wackelnde Identität haben. Sie glauben, sie müssten besser sein als die anderen. Sie beziehen ihre Identität immer darauf, dass sie dem anderen überlegen sein müs-

sen und dass der andere ein bisschen weniger wert ist.

Ich wünsche mir darum, dass die Welt sich wandelt und wir neue moralische Prinzipien des Zusammenlebens aufstellen. Ich glaube, wir sind diesbezüglich bereits auf einem guten Weg. Mit unserem Grundgesetz bauen wir mit an einer neuen Welt, so dass meine Enkel keinen Krieg mehr erleben müssen.

Das Amt des Diskriminierungsbeauftragten darf kein Feigenblatt sein. Es darf nicht eine Einrichtung sein, die wir schaffen mit ein paar Mitarbeitern und ein bisschen Geld. Damit

ist es nicht getan. Antidiskriminierung ist Aufgabe von jedem in unserer Gesellschaft. Wir müssen selber darauf achten. Denn wir alle verhalten uns oft diskriminierend, weil wir auch immer im Konkurrenzkampf denken, fühlen und leben. Das haben wir nicht nötig.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Telefonsprechstunde am Montag

Nach vielen besorgten Zuschriften und Anrufen im Zusammenhang mit den neuesten Änderungen des Infektionsschutzgesetzes biete ich am **Montag, 30.11.2020, von 15:00 bis 17:00 eine Telefonsprechstunde** an. Unter **0335/40 12 48 60** erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, ihre Anliegen, Anregungen, Ideen und Kritik direkt im telefonischen Gespräch mit mir zu schildern.

Ich bedauere sehr, dass aktuell durch die getroffenen Beschränkungen viele Veranstaltungen und Gelegenheiten zum persönlichen Austausch wegfallen müssen. Es ist mir überaus wichtig, gerade in dieser Zeit nah an den Menschen in unserer Region zu bleiben. Was bewegt Sie? Wovor fürchten Sie sich? Funktionieren unsere Gesetze und Hilfsprogramme? Was für Probleme entstehen vor Ort, die wir in Berlin eventuell übersehen

haben? Ich freue mich daher sehr auf den Austausch.



Ehrenamt muss von Bürokratie entlastet werden

Am vergangenen Montag (23.11.2020) habe ich an der öffentlichen Anhörung des Familienausschusses zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bzw. zum Bürokratieabbau im Ehrenamt teilgenommen.

Das Ehrenamt leidet unter dem immensen Bürokratieaufwand, und auch das Steuerrecht ist für die meisten zu komplex, war die einheitliche Meinung der geladenen Gäste. Umfragen haben ergeben, dass bis zu 53 Prozent der Arbeit auf in die Bürokratie entfällt und dass diese in den letzten fünf Jahren gestiegen ist.

Der hohe Bürokratieaufwand und die drohende Haftung bei Verstößen gegen gesetzliche Auflagen haben eine sehr abschreckende Wirkung auf die Gewinnung von Nachwuchs in den ehrenamtlichen Vorstandsämtern. Gerade junge Menschen sind unsicher im Umgang mit den gesetzlichen Regelungen und fürchten sich vor Fehlern, nicht zuletzt vor Regressfor-



derungen mit finanziellen Folgen.

Besonders belastend für viele Vereine sind der Datenschutz, z.B. rechtliche Vorgaben für Vereinsveranstaltungen, und das Steuerrecht. Anstatt unterschiedliche Besteuerungsgrenzen für Körperschafts- und Gewerbesteuer nach Höhe der Einnahmen festzusetzen, wurde von den Sachverständigen eine einheitliche Besteuerungsgrenze bei Einnahmen bis 45.000 Euro für alle Vereine empfohlen.

Der Vertreter der Stiftung Datenschutz warnte vor überschnellen Urteilen zur DSGVO, da diese erst vor zwei Jahren in Kraft getreten ist. Hier wurde noch

einmal betont, dass nicht unbedingt alle Vereine und Organisationen gleichermaßen von den Auflagen betroffen sind. Gerade kleine Vereine müssen nicht allen Forderungen nachkommen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir in dieser wichtigen Sache im Ausschuss endlich vorankommen. Dazu werde ich einen Katalog der vorgetragenen Anregungen und Vorschläge erstellen und diese dann mit den Finanz- und Rechtsexperten unserer Fraktion diskutieren. Bürokratieabbau im Ehrenamt ist schon lange ein Thema in unserem Ausschuss und den Freiwilligen muss endlich geholfen werden in dem Dschungel von „Kennen. Verstehen. Anwenden“.

Gedenken an schwere Hungersnot in der Ukraine



Jedes Jahr gedenkt man in der Ukraine und in der ganzen Welt am 25. November der Opfer des „Holodomors“.

Bei dieser schweren Hungersnot starben 1932 und 1933 vier Millionen Menschen.

Zum 87. Jahrestag habe ich eine Videobotschaft an

das ukrainische Volk verfasst, die von der ukrainischen Botschaft übersetzt und gemeinsam mit Botschaften von ukrainischen Parlamentariern veröffentlicht worden ist.

Patenschaft für den Buddhisten Bui Van Tham aus Vietnam

Wegen der Verfolgung Andersgläubiger in Vietnam habe ich die Patenschaft für den buddhistischen Hoa-Hao-Laienpriester Bui Van Tham, geb. 1987, im Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages „Parlamentarier schützen Parlamentarier (PsP)“ übernommen.

Bui Van Tham verbüßt eine ungerechtfertigte Strafe im Xuyen Moc-Gefängnis. Seit 2005 hatten Bui Van Tham und sein Vater Bui Van Trung die Leitung der buddhistischen "Ut Trung Prayer Hall" in Hoa Hao inne. Das ist eine Hauskirche zum Lernen, Beten und Predigen über die Hoa Hao-Schriften. Diese buddhistische Gemeinschaft wird von der vietnamesischen Regierung als illegal betrachtet, da sie nicht offiziell bei den Behörden als Religionsgemeinschaft registriert ist.

Tham wurde im Februar

2018 wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Auch Vater und Schwester mussten ins Gefängnis. Die Haft der Mutter wurde auf Bewährung ausgesetzt. Diese Buddhisten hatten dagegen protestiert, dass die Teilnahme einiger Anhänger an einer Gedenkveranstaltung in der Gebetshalle verhindert wurde.

Bereits vor dem Prozess hatte Human Rights Watch die vietnamesische Regierung in einem offenen Brief aufgefordert, das Gerichtsverfahren einzustellen und zu prüfen, ob eine Diskriminierung von Religionsgemeinschaften vorliegt. Laut Informationen von Menschenrechtsverteidigern ist Tham während der Haft gefoltert und zeitweise in Isolationshaft gehalten worden. Besuche seiner Familie

sind erschwert worden. Die Deutsche Botschaft in Hanoi hat sich gegenüber der vietnamesischen Regierung mit Nachdruck für Bui Van Tham eingesetzt.

Ich fordere die vietnamesische Regierung auf, jegliche Folter und grausame, unmenschliche Behandlung oder Bestrafung einzustellen, weiterhin eine gründliche Überprüfung des Gerichtsverfahrens in die Wege zu leiten und Bui Van Tham freizulassen. Bis dahin muss für seine Gesundheit ausreichend Sorge getragen werden. Der Familie müssen wieder Besuchsmöglichkeiten gewährt werden. Lebensmittel bringen können. Vietnam hat 2018 zugesagt, die Menschenrechte und die Religionsfreiheit einzuhalten. Ich erinnere Vietnam nachdrücklich daran, seinem Versprechen nachzukommen.

Besuch im Frauenhaus Eisenhüttenstadt

Am Montag (23.11.2020) traf ich mich mit den Mitarbeitern des Frauenhauses "Frauen für Frauen e.V." in Eisenhüttenstadt. Ein reger Austausch zeigte viele offene Wunden auf.

Die Probleme der 22 Frauenhäuser in Brandenburg sind durch die Corona-

Pandemie nur verstärkt und akuter geworden. Dazu gehören Hürden bei der Personalsuche und vor allem die mangelnde Finanzierung durch die Länder und Kommunen. Das liegt u.a. daran, dass die Einrichtung von Frauenhäusern keine verpflichtende Aufgabe der Kommunen ist. Für die rund

350 Frauenhäuser in ganz Deutschland stellt der Bund im nächsten Jahr 30 Millionen Euro zur Verfügung. Es ist wichtig, dass die Mittel auch tatsächlich vor Ort ankommen.

Weltweiter Trend zur Einschränkung der Religionsfreiheit

Der Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung für den Berichtszeitraum 2018-2019 zeigt einen weltweiten Trend zur Einschränkung der Menschenrechte auch in Religions- und Weltanschauungsfragen auf.

Christen als Angehörige der zahlenmäßig größten Glaubensgemeinschaft sind ebenso betroffen wie Mitglieder anderer Religionen und Weltanschauungen. Sie erleben Diskriminierung, Verfolgung, Verhaftung und Folter aufgrund ihres Glaubens. Der Religionsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Grübel, hob diese Einschränkungen der Menschenrechte, die in einem besonderen Länderteil des Berichtes auch die staatlichen

Einschränkungen der Religionsfreiheit in einzelnen Staaten dokumentiert, im Menschenrechtsausschuss am Mittwoch (25.11.2020) als aktuelle Herausforderung unserer Zeit hervor.

Als Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages bin ich Berichterstatter für die Menschenrechte in Süd-Ostasien. Über die letzten Jahre hinweg konnte ich immer wieder hören und sehen, dass die Verletzung der Menschenrechte oft mit der Verletzung der Religionsfreiheit einherging. Folge dieser Verletzung der Religionsfreiheit ist zum Beispiel in Vietnam, dass kleinere religiöse Gruppen an der Ausübung der Religionsfreiheit gehindert, deren Anhänger bedrängt, verfolgt und

verhaftet werden.

In Vietnam gilt zwar rein rechtlich Religionsfreiheit, aber diese ist eingeschränkt. Es sind nur die Religionsgemeinschaften anerkannt, die offiziell angemeldet sind. Die Anerkennung einer Religion sowie die Durchführung von religiösen Versammlungen liegen in der Hand der Behörden. Da die Entscheidungen eine starke ideologische Komponente haben, geraten viele nicht registrierte religiöse Vereinigungen immer wieder in arge Bedrängnis. Sie erleiden Verfolgung und Inhaftierung. Ich appelliere an die Verantwortlichen Vietnams, die 2018 zugesagte Religionsfreiheit und andere international zugesagten Menschenrechte auch tatsächlich einzuhalten und umzusetzen.

Starke Unternehmen aus der Region gesucht

Auch im kommenden Jahr verleiht die Oskar-Patzelt-Stiftung wieder den Großen Preis des Mittelstandes. Bis zum 31. Januar 2021 darf ich Betriebe nominieren.

Voraussetzungen für die Nominierung sind:

- mindestens zehn Arbeitsplätze und 1,0 Mio. Euro Jahresumsatz
- wenigstens drei Jahre

- stabil am Markt tätig
- frei von kommunaler oder staatlicher Beteiligung

Ausgezeichnet werden hervorragende Leistungen in den Wettbewerbskriterien:

- Gesamtentwicklung des Unternehmens
- Schaffung/Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
- Modernisierung und Innovation

- Engagement in der Region
- Service und Kundennähe, Marketing

Ich freue mich über Vorschläge aus dem Landkreis Oder-Spree oder Frankfurt (Oder) per Email an martin.patzelt.ma05@bundestag.de.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

11,5 Mio. Euro für "Lichtspieltheater der Jugend" in FFO

Pünktlich zum 1. Advent, geradezu als Weihnachtsgeschenk in der Corona-Krise, kommt eine erfreuliche Botschaft für meine Heimatstadt Frankfurt (Oder). Seit meiner OB-Zeit bemühe ich mich, für das alte „Lichtspieltheater der Jugend“ eine neue Nutzung und eine dafür entsprechende Finanzierung zu finden. Mehrere erfolgsversprechende Ansätze sind jedoch gescheitert.

Umso mehr freut es mich jetzt, dass es nach intensiven Beratungen und Gesprächen im Deutschen Bundestag nun gelungen ist, die fehlenden 11,5 Millionen Euro (zunächst 500.000 Euro im Jahr 2021 und dann 11 Millionen Euro in den folgenden drei Jahren) für die Nachnutzung als Brandenburgi-



sches Landesmuseum für moderne Kunst (BLMK) einzuwerben und planerisch zu sichern. Die gesamte Kosteneinschätzung liegt bei etwa 22 Millionen Euro. Der Restbeitrag wird vom Land Brandenburg mitgetragen.

In dem ehemaligen Lichtspieltheater werden umfangreiche Sammlungen von Kunst aus der DDR und den nachfolgenden künstlerischen Traditionslinien ausgestellt mit dem Ziel, adäquate Museumsbedingungen für professionelles, ziel-

gruppenorientiertes Arbeiten mit Kunst und Publikum herzustellen. Ein Herzstück des Stadtzentrums in Frankfurt (Oder) kann nach der im Bundeshaushalt vorgesehenen Finanzplanung der Förderung bis 2026 wieder leuchten. Das alte Kino wird als hervorragender überörtlicher kultureller Anziehungspunkt unsere Stadt schmücken. Allerdings muss das Land Brandenburg die komplementäre Förderung möglich machen. Eine mündliche Absichtserklärung von Kulturministerin Manja Schüle liegt bereits vor.

Sendung Panorama / ARD Mediathek



Warum vergleichen ehemalige Bürgerrechtler der DDR unsere heutigen politischen

Verhältnisse Deutschlands mit denen der DDR und der Hitler-Diktatur? Um diese

Frage ging es bei einem Interview in der Sendung Panorama ARD am 26.11.2020.

Wen es interessiert, vielleicht in der Mediathek nachsehen. <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Panorama-vom-26-November,panorama9624.htm>